Bezirksamt Pankow von Berlin
Gesundheitsamt, Fachbereich 3
Sozialpsychiatrischer Dienst (SpD) und
Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen, Krebs und chronischen Erkrankungen (BfB)

Bezirksamt Pankow | BERLIN

Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grund verordnung (EU-DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck personenbezogene Daten erhoben, gespeichert oder weitergeleitet werden. Dieser Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Name und Anschrift der Verantwortlichen Stelle im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung

Bezirksamt Pankow von Berlin, Rathaus, Breite Str.24 A-26, 13187 Berlin

Ansprechpartner

erreichbar über post.datenschutz@ba-pankow.berlin.de

Art und Umfang der Datenverarbeitung

Die Dokumentation und Speicherung der personenbezogenen Daten (z.B. festgestellte Symptome, Diagnosen, Schilderungen aus der Lebensgeschichte, ärztliche Befunde, Probleme bei der Lebensbewältigung) erfolgen in Form einer Papier-Akte, teilweise auch elektronisch. Es erfolgt zudem eine Verwahrung der hier eingehenden Post (z.B. Anfragen, Mitteilungen, Bescheide).

Zweck und Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Die erhobenen Daten sind für die Organisation der Arbeit des Gesundheitsamtes für die Erstellung von Gutachten und fachlichen Stellungnahmen und als Basis für die fachgerechte Beratung erforderlich. Sie dienen außerdem der Erstellung von anonymisierten Statistiken für die Gesundheitsberichterstattung. Die Datenverarbeitung dient damit Ihrer Versorgung im Gesundheits- oder Sozialbereich gemäß Art.9 Abs. 2 h DSGVO.
Die Datenerhebung ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen, nach denen das Gesundheitsamt für Sie oder für Ihre Kontaktpersonen (z.B. Angehörige, Freunde, rechtliche Betreuer, Nachbarn, Bekannte, Mitarbeiter von Behörden oder Institutionen) tätig wird, insbesondere: Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG insb. §§ 1,5,7 und 8), Sozialgesetzbuch (SGB I, SGB II, SGB V, SGB IX, SGB X, SGB XI und SGB XII), Asylbewerberleistungsgesetz § 4, Betreuungsrecht im BGB, insb. §§ 1896ff und Berliner „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)“. Zudem besteht die Pflicht zur Dokumentation der Tätigkeiten (Beratung, Betreuung, Hilfevermittlung, Kriseninterventionen, Stellungnahmen). Die Dokumentationspflicht für das Gesundheitsamt ist unter anderem geregelt in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO. §§55-63), in § 630f BGB sowie in § 10 der Berufsordnung für Ärzte.
Alle personenbezogenen Daten unterliegen der Schweigepflicht und werden nur mit Ihrer Zustimmung zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags an Dritte (z.B. das Sozialamt oder Ihren behandelnden Arzt) weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen (z.B. Gefahrensituationen; PsychKG) dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergeleitet werden, soweit die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Einwilligung beruht, ist Rechtsgrundlage für die Einwilligung Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

Dauer der Speicherung

Die hier erhobenen Daten werden anhand der gesetzlichen Regelungen nach Abschluss der Bearbeitung 10 Jahre gespeichert, Papierakten entsprechend 10 Jahre aufbewahrt. Im Falle von Unterbringungsmaßnahmen nach PsychKG beträgt die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist 30 Jahre.

Rechte der betroffenen Person (Art. 15-21 DSGVO)

Sie haben das **Recht auf Auskunft** seitens der Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten.
Sie haben das **Recht auf Berichtigung**, sofern unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden.
Sie haben das **Recht die Löschung der Daten** zu verlangen, in der Regel stehen dem jedoch die o.g. Rechtsgrundlagen, d.h. die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen entgegen.
Sie haben das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**, solange Fragen der Richtigkeit der Daten oder der Löschung noch ungeklärt sind.
Sie haben das **Recht auf Datenübertragbarkeit**, d.h. Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten – diese Möglichkeit sieht das elektronische Verfahren jedoch derzeit nicht vor und ist daher noch nicht umsetzbar.
Sie haben grundsätzlich ein allgemeines **Widerspruchsrecht** gegen die Datenverarbeitung, auch wenn diese rechtmäßig auf den o.g. gesetzlichen Grundlagen basiert.
Beschränkungen (Artikel 23 DSGVO)
Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung von Rechten und Freiheiten anderer Personen kann es zur Beschränkung der o.g. Rechte kommen.

Kommt es zu einer **Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten** und hat diese ein hohes Risiko für Ihre persönlichen Rechte und Freiheiten, so benachrichtigt der Verantwortliche Sie unverzüglich darüber. (Artikel 34 DSGVO)
Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das **Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren**, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt. Sie können hierzu Kontakt aufnehmen mit der **Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit,** Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de